



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein SPD**  
vom 23.06.2017

### **Mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Exporte in den Iran**

Da seit Anfang 2016 wieder Überweisungen zwischen der EU und dem Iran möglich wurden, ist der Handel zwischen der deutschen und iranischen Wirtschaft um gut 20 Prozent gewachsen. Wie die WirtschaftsWoche in Ausgabe 25 (16.06.2017) berichtet, gestaltet es sich jedoch trotz gelockerter Sanktionen äußerst schwierig, bei deutschen Banken Kredite für größere Iran-Geschäfte zu bekommen. Gerade mittelständische Unternehmen würden gerne mehr exportieren, fänden aber oft keine Bank, welche die Zahlungen abwickelt. Dem entgegen steht die Tatsache, dass von der Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, geleitete „Delegationen mit bayerischen Mittelständlern auffallend oft in Teheran gewesen“ seien, wie die WirtschaftsWoche anmerkt.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Ist der Staatsregierung bekannt, dass der Handel zwischen Deutschland und dem Iran durch mangelnde Kreditvergaben beeinträchtigt wird?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden bereits oder werden vonseiten der Staatsregierung ergriffen, um dem entgegenzuwirken?
3. Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, die darauf schließen lassen, dass die deutschen Banken sich bei der Kreditvergabe aufgrund einer Angst vor neuen – bzw. vonseiten der USA teils noch bestehenden – Sanktionen zurückhalten?

## Antwort

des **Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie**  
vom 28.07.2017

Zu 1.:

Dies ist der Staatsregierung bekannt.

Zu 2.:

Die Staatsregierung war bzw. ist auf unterschiedlichen Ebenen bestrebt, an der Lösung bestehender Problemstellungen mitzuwirken. Darüber hinaus plant die Staatsregierung für Herbst 2017 eine Informationsveranstaltung zu der Thematik, um die Transparenz über die bestehenden Möglichkeiten zu erhöhen.

Zu 3.:

Die in den USA bestehenden Sanktionen können sich auf ein mögliches Iran-Engagement deutscher Kreditinstitute einschränkend auswirken. Es liegen der Staatsregierung jedoch keine Informationen über strategische Ausrichtungen von in Deutschland ansässigen Banken bei möglichen Geschäftsbeziehungen zu Banken und Unternehmen im Iran vor.